

An die
Mitglieder
des Ausschusses Entwicklung der Region Kassel
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Schmidt
Tel. 05 61/7 87.12 24
Fax 05 61/7 87.21 82
E-Mail:
Nicole.Schmidt@stadt-kassel.de

Kassel, 02.09.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **16.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses Entwicklung der Region Kassel lade ich ein für

**Mittwoch, 09.09.2009, 17.00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

1. **"Auf dem Weg zur Region Kassel"**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und FDP
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Oberbrunner
- 101.16.1389 -
2. **Aktueller Sachstandsbericht zur Entwicklung der Region Kassel**
- 101.16.652 -

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Friedrich
Vorsitzender

Kassel, 17.09.2009

Niederschrift

über die 16. öffentliche Sitzung
des Ausschusses Entwicklung der Region Kassel
am Mittwoch, 09.09.2009, 17.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|-------------|
| 1. | "Auf dem Weg zur Region Kassel" | 101.16.1389 |
| 2. | Aktueller Sachstandsbericht zur Entwicklung der Region Kassel | 101.16.652 |

Vorsitzender Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 02.09.2009 ordnungsgemäß einberufene 16. öffentliche Sitzung des Ausschusses Entwicklung der Region Kassel, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Es liegen keine Wortmeldungen zur Tagesordnung vor.

- 1. "Auf dem Weg zur Region Kassel"**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und FDP
- 101.16.1389 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, die Vorbereitungen zur Bildung der Region Kassel in Kooperation mit dem Kreisausschuss des Landkreises Kassel voranzutreiben. Ziel ist es, im Laufe der nächsten Wahlperiode von Kreistag und Kasseler Stadtverordnetenversammlung eine demokratisch verfasste Region Kassel zu bilden, die den Landkreis und die Stadt Kassel umfasst. Die Bildung der Region Kassel soll auf der Grundlage eines Modells Kassel – ähnlich dem Regionalkreis Hannover – erfolgen und der Aufgabenkatalog der Region Kassel soll grundsätzlich die vom Kreisausschuss und vom Magistrat der Stadt Kassel vorgelegten regionalisierungs-fähigen Aufgaben sowie bereits bestehende Kooperationen von Stadt und Landkreis Kassel umfassen. Zu diesen Aufgaben

gehören insbesondere die gemeinsame Verantwortung für die regionale Kultur, die gemeinsame Verantwortung für soziale Aufgabenstellungen, die gemeinsame Verantwortung für Bildung und die gemeinsame Verantwortung für die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft, namentlich durch eine angestrebte gemeinsame Bereitstellung von Gewerbeflächen und deren gemeinsame Vermarktung. Im Falle des Interesses weiterer Kreise ist auch eine Erweiterung der Region denkbar.

Der Zweckverband Raum Kassel erhält auf dem Weg zur Region Kassel die zusätzliche Aufgabe, gemeinsam mit den politischen Gremien in Stadt und Landkreis Kassel durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen mit den gesellschaftlichen Gruppierungen in Stadt und Landkreis Kassel und durch geeignete Maßnahmen in Stadt und Landkreis Kassel über die mit der Bildung der Region Kassel verbundenen Ziele und positiven Entwicklungen zu informieren und die Bevölkerung am Prozess der Regionsentstehung zu beteiligen, um so eine möglichst breite Zustimmung im politischen Raum und bei der Bevölkerung zu erreichen.

Zur Unterstützung dieses Aufgabenbereichs können weitere kreisangehörige Städte und Gemeinden über die bisherigen Mitgliedskommunen des Zweckverbandes Raum Kassel hinaus auf freiwilliger Basis dem Zweckverband Raum Kassel als Mitglieder beitreten, ohne zwingend die Planungshoheit abtreten zu müssen. Die Satzung des Verbandes ist entsprechend zu ändern. Auf dem Weg zur Region Kassel können dem Zweckverband Raum Kassel mit Beschluss der Verbandsversammlung sowie des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel weitere nicht-gesetzliche Aufgaben für die Übergangszeit bis zur Region Kassel zugeordnet werden. Es wird zum Beispiel eine engere Kooperation zwischen dem Zweckverband Raum Kassel und der Wirtschaftsförderung Region Kassel angestrebt. Die Vertreter des Kreisausschusses in den Gremien des Zweckverbandes Raum Kassel werden beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass der Zweckverband Raum Kassel vorhandene Planungskapazitäten den kreisangehörigen Kommunen als Dienstleistung anbietet.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kreisausschuss des Landkreises Kassel die notwendigen Verhandlungen mit der Hessischen Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den im Landtag vertretenen Parteien einzuleiten, um die für die Bildung der Region Kassel erforderlichen gesetzlichen Grundlagen sowie eine solche Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs zu erreichen, dass eine finanzielle Gleichbehandlung der Region vor und nach der Regionalreform besteht. Die bisherigen Vorbereitungen durch den Magistrat der Stadt Kassel und den Kreisausschuss haben gezeigt, dass für die Region Kassel die Regelungen für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen des Landes angepasst werden müssen.

Die Vertreter der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und FDP begründen ihren gemeinsamen gestellten Antrag.

Der Ausschuss Entwicklung der Region Kassel fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP
Ablehnung: CDU
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und FDP betr. "Auf dem Weg zur Region Kassel", 101.16.1389, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Friedrich

2. Aktueller Sachstandsbericht zur Entwicklung der Region Kassel - 101.16.652 -

Beschluss

Zwecks sachlicher und fachlicher Beratung der im Zusammenhang mit der Realisierung eines Regionalkreises Kassel anstehenden Fragestellungen soll regelmäßig seitens des Magistrats und der Fraktionen über den aktuellen Diskussions- bzw. Realisierungsprozess im Ausschuss Entwicklung der Region Kassel berichtet werden.

Es liegen keine Wortmeldungen des Magistrats und der Fraktionen vor.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr

Wolfgang Friedrich
Vorsitzender

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Vorlage-Nr. 101.16.1389

"Auf dem Weg zur Region Kassel"

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss Entwicklung der Region Kassel

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, die Vorbereitungen zur Bildung der Region Kassel in Kooperation mit dem Kreisausschuss des Landkreises Kassel voranzutreiben. Ziel ist es, im Laufe der nächsten Wahlperiode von Kreistag und Kasseler Stadtverordnetenversammlung eine demokratisch verfasste Region Kassel zu bilden, die den Landkreis und die Stadt Kassel umfasst. Die Bildung der Region Kassel soll auf der Grundlage eines Modells Kassel – ähnlich dem Regionalkreis Hannover – erfolgen und der Aufgabenkatalog der Region Kassel soll grundsätzlich die vom Kreisausschuss und vom Magistrat der Stadt Kassel vorgelegten regionalisierungs-fähigen Aufgaben sowie bereits bestehende Kooperationen von Stadt und Landkreis Kassel umfassen. Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere die gemeinsame Verantwortung für die regionale Kultur, die gemeinsame Verantwortung für soziale Aufgabenstellungen, die gemeinsame Verantwortung für Bildung und die gemeinsame Verantwortung für die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft, namentlich durch eine angestrebte gemeinsame Bereitstellung von Gewerbeflächen und deren gemeinsame Vermarktung. Im Falle des Interesses weiterer Kreise ist auch eine Erweiterung der Region denkbar.

Der Zweckverband Raum Kassel erhält auf dem Weg zur Region Kassel die zusätzliche Aufgabe, gemeinsam mit den politischen Gremien in Stadt und Landkreis Kassel durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen mit den gesellschaftlichen Gruppierungen in Stadt und Landkreis Kassel und durch geeignete Maßnahmen in Stadt und Landkreis Kassel über die mit der Bildung der Region Kassel verbundenen Ziele und positiven Entwicklungen zu informieren und die Bevölkerung am Prozess der Regionsentstehung zu beteiligen, um so eine möglichst breite Zustimmung im politischen Raum und bei der Bevölkerung zu erreichen.

Zur Unterstützung dieses Aufgabenbereichs können weitere kreisangehörige Städte und Gemeinden über die bisherigen Mitgliedskommunen des

Zweckverbandes Raum Kassel hinaus auf freiwilliger Basis dem Zweckverband Raum Kassel als Mitglieder beitreten, ohne zwingend die Planungshoheit abtreten zu müssen. Die Satzung des Verbandes ist entsprechend zu ändern. Auf dem Weg zur Region Kassel können dem Zweckverband Raum Kassel mit Beschluss der Verbandsversammlung sowie des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel weitere nicht-gesetzliche Aufgaben für die Übergangszeit bis zur Region Kassel zugeordnet werden. Es wird zum Beispiel eine engere Kooperation zwischen dem Zweckverband Raum Kassel und der Wirtschaftsförderung Region Kassel angestrebt. Die Vertreter des Kreisausschusses in den Gremien des Zweckverbandes Raum Kassel werden beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass der Zweckverband Raum Kassel vorhandene Planungskapazitäten den kreisangehörigen Kommunen als Dienstleistung anbietet.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kreisausschuss des Landkreises Kassel die notwendigen Verhandlungen mit der Hessischen Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den im Landtag vertretenen Parteien einzuleiten, um die für die Bildung der Region Kassel erforderlichen gesetzlichen Grundlagen sowie eine solche Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs zu erreichen, dass eine finanzielle Gleichbehandlung der Region vor und nach der Regionalreform besteht. Die bisherigen Vorbereitungen durch den Magistrat der Stadt Kassel und den Kreisausschuss haben gezeigt, dass für die Region Kassel die Regelungen für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen des Landes angepasst werden müssen.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Christian Geselle
Stellv.
Fraktionsvorsitzender SPD

Karin Müller MdL
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender FDP